



Russlandanalysen

Nr. 21

26.3.2004

Inhalt

Diskussion

<i>...ohne Osteuropa. Zu Joschka Fischers außenpolitischem Design</i>	2
<i>Rekonstruktion des Westens als gesamteuropäische Aufgabe. Iris Kempe, München</i>	2
<i>„Kleineuropäische Vorstellungen greifen nicht mehr?“ Sabine Fischer, Berlin</i>	3
<i>Strategische Neuakzentuierungen gegenüber Russland. Heinz Timmermann, Köln</i>	4

Analyse

<i>Wladimir Putins Sozialpolitik. Dmitrij Trawin, Sankt Petersburg</i>	5
------------------------------------------------------------------------	---

Dokumentation

<i>Der Wirtschaftsminister über Armutsbekämpfung</i>	7
------------------------------------------------------	---

Tabellen und Grafiken zum Text

<i>Reallohnentwicklung in Russland, Dezember 2002–Dezember 2003</i>	8
<i>Einkommensunterschiede 2002 und 2003</i>	9

Rückblick

<i>Das offizielle Endergebnis der Präsidentenwahlen am 14.3.2004</i>	10
----------------------------------------------------------------------	----

Chronik

<i>Vom 17. bis zum 24. März 2004</i>	11
--------------------------------------	----

Wladimir Putins Sozialpolitik

Dmitrij Trawin, Sankt Petersburg

Zusammenfassung

Die große Popularität Präsident Putins in Russland liegt bis zu einem gewissen Maße an dem Erfolg seiner Sozialpolitik. Die Wähler sehen eine reale Verbesserung ihrer materiellen Lage und sind daher bereit, den Präsidenten zu unterstützen. Das Paradoxe ist, dass in den vier Jahren von Putins erster Amtszeit keine ernsthaften Reformen im Bereich der Sozialpolitik stattgefunden haben.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Diskussion

...ohne Osteuropa. Zu Joschka Fischers außenpolitischem Design

Die „Rekonstruktion des Westens“, das ist der Schlüsselbegriff, mit dem Bundesaußenminister Joschka Fischer Anfang März in einem ganzseitigen Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Aufgabe deutscher und europäischer Außenpolitik umrissen hat. Dieses Konzept beinhaltet Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses, die Entfaltung eines neuen Transatlantismus und die aktive Gestaltung globaler Prozesse. Die Integration der Türkei sieht der Außenminister als Bestandteil einer solchen Politik, die auch auf den Nahen und mittleren Osten ausstrahlen soll. In dem strategischen Design, das Fischer entwickelte, gibt es aber keinen Raum für Russland oder die Ukraine. Weder als Märkte noch als Problemregionen, geschweige denn als Partner finden die Länder östlich der EU-Außengrenze Erwähnung. Den „Russlandanalysen“ ist dies eine Diskussionsrunde wert.

Hans-Henning Schröder

Das Fischer-Interview:

Die „Rekonstruktion des Westens“ – Interview von Bundesaußenminister Fischer zu Europa, Amerika und den gemeinsamen strategischen Aufgaben mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 06.03.2004 – auch auf der Website des Auswärtigen Amtes: <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/archiv_print?archiv_id=5473>

Gunter Hofmann: Des Rudels Kern. Der Terror in Madrid fordert Europa heraus. Wie findet die EU in der Bedrohung zusammen? Außenminister Fischer entwirft eine „strategische“ Union. Der Kanzler ist skeptisch, in: Die Zeit 25.3.2004, Nr. 14, S. 3 <<http://www.zeit.de/2004/14/Europa>>

Rekonstruktion des Westens als gesamteuropäische Aufgabe

Iris Kempe, Centrum für angewandte Politikforschung München

Mit seinem Plädoyer für eine Rekonstruktion des Westens eröffnet Joschka Fischer gleichzeitig eine gesamteuropäische Debatte. Dabei blendet er Russland gänzlich aus und reduziert die Politik gegenüber Osteuropa auf das Nachbarschaftskonzept der Europäischen Union. Die Rekonstruktion des Westens ist jedoch nicht ohne die Einbeziehung des Ostens denkbar.

Russland ist in den meisten globalen Konflikten sowohl ein Risiko- als auch ein Stabilitätsfaktor. Dies wird etwa in seiner Reaktion auf den 11. September deutlich oder in seiner Irak-Politik. Seine große strategische Bedeutung ergibt sich aus der territorialen Ausdehnung, dem Gewicht in internationalen Organisationen und dem Rohstoffreichtum. Gewiss hat der Kreml in den letzten Jahren außenpolitisch sich in bemerkenswerter Weise auf den Westen zu bewegt, aber dennoch bleibt Russland aufgrund der gelenkten Demokratie, der rückständigen Modernisierung und den schwach entwickelten gesellschaftlichen Akteuren ein schwieriger Partner. Die zurückliegenden Parlamentwahlen im Dezember 2003 unterstreichen diesen Befund ebenso wie die Präsidentschaftswahlen.

Mit dem im März 2003 der Öffentlichkeit vorgestellten Konzept „Größeres Europa – Nachbarschaft“ unternahm die Europäische Kommission einen konzeptionellen Vorstoß zur Gestaltung Gesamteuropas und versuchte die Beitrittsforderungen einzelner Nach-

barstaaten, allen voran der Ukraine, zu beantworten. Das Konzept enthält umfangreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, schließt aber eine institutionelle Mitgliedschaft aus. Aus Sicht der Brüssler Integrations- und Vertiefungslogik ist dieser Ansatz verständlich; aus der Perspektive einer gesamteuropäischen Rekonstruktion bleiben wichtige Potentiale ungenutzt. An dieser Stelle gilt es, Fischers Türkeiargumentation weiterzudenken. Eine Beschränkung auf eine privilegierte Partnerschaft weist die Ukraine, Moldova und ein möglicherweise reformiertes Belarus zurück – mit ungewissem Ausgang für die innere Transformation dieser Länder aber auch für die sicherheitspolitische Landkarte Europas.

Europa wird sich nur rekonstruieren können, wenn es seine bisherigen Defizite bei der Willensbildung, der Schwäche seiner außenpolitischen Institutionen und der militärischen Handlungsfähigkeit überwindet. Dies darf nicht im Gegensatz zu den USA, sondern muss in Kooperation mit diesen stattfinden. Über Kerneuropa hinaus gilt es ein Europa der mehreren Ebenen („Multi Layered Europe“) zu entwerfen, in dem beitragswillige Staaten, nicht nur an der funktionalen Kooperation sondern auch am europäischen Institutionsgefüge teilnehmen können. Mit unterschiedlicher institutioneller Dichte, etwa durch Teilmitgliedschaften, ließe sich nicht nur eine Überdehnung der Europäischen Union vermeiden, vielmehr könnte man damit ihre Handlungsfähigkeit ausbauen.

Europäische Denkfabriken und Entscheidungsträger sind gleichermaßen herausgefordert, eine Definition für die Zusammenarbeit mit globalen Akteuren wie Russland und der Türkei zu finden, deren innerer Entwicklungsstand sich von dem Kerneuropas unterscheidet. Die Partnerschaft mit ihnen bildet den äußeren Ring des „Multi Layered Europe“ und geht am weitesten über das bestehende Institutionengefüge hinaus. Um der multi-

lateralen Sicherheitsarchitektur Handlungsfähigkeit zu verleihen, bedarf es Mechanismen, um Sicherheitsrisiken frühzeitig zu erkennen und auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen und umsetzen zu können. Die dafür erforderliche gesellschaftliche Dynamik erwächst erst aus öffentlichen Debatten in Ost und West, die Europa neu denken.

„Kleineuropäische Vorstellungen greifen nicht mehr?“

Sabine Fischer, Osteuropa-Institut Berlin

Mit diesen Worten schließt Joschka Fischer kerneuropäische Konzepte für die Zukunft Europas aus. Er formuliert weiter: „Wenn wir uns für einen Moment ein Klein-Europa [...] vorstellen, in dem die Entscheidungen einfacher sind, wie würde sich dann der Rest Europas organisieren? Als Hinterhof? Oder würden nicht sofort Antihegemonialreflexe wirksam?“ Fischer liegt die Entscheidungsfähigkeit der EU besonders am Herzen, da er sie vor einer neu herangewachsenen strategischen Herausforderung sieht, deren Herzstück er gegenwärtig vor allem im Nahen Osten, in der Türkei, Iran, Irak lokalisiert. Die Türkei, Iran und Irak sollen demokratisiert werden.

Russland und die meisten anderen post-sowjetischen Staaten tauchen in diesem Szenario nicht auf. Das verwundert aus zwei Gründen.

Erstens: Die Erweiterung der EU birgt noch immer die Gefahr, dass jenseits der neuen Grenzen tatsächlich ein europäischer Hinterhof entsteht. Es ist eine erst-rangige Aufgabe der EU, den von Fischer gefürchteten „antihegemonialen Reflex“ in diesen Gesellschaften zu verhindern, der aus dem enormen wirtschaftlichen und sozioökonomischen Gefälle und dem daraus erwachsenden Frustrationspotential erwächst. Dieses Potential ist der Nährboden für eine Vielzahl von Problemen, wie z.B. Migration, transnationale Kriminalität u.a.m.

Zweitens: Berechtigterweise wird die Demokratisierung Irans oder Iraks als strategisches Ziel bezeichnet, um die Sicherheit Europas zu fördern. Dies trifft jedoch in mindestens ebenso großem Maße für die Staaten östlich der erweiterten EU zu. Die Transformationsprozesse in einigen dieser Staaten haben an Geschwindigkeit verloren. Gerade im Falle Russlands lässt sich seit 2000 die Etablierung eines relativ stabilen Zustandes beobachten,

der jedoch kaum als demokratisch bezeichnet werden kann.

- Wie die Wahlen zum russischen Parlament im Dezember und die Präsidentschaftswahlen im März einmal mehr gezeigt haben, werden demokratische Prozeduren nicht eingehalten. Dabei sind die Wahlen nur ein besonders herausragendes Beispiel für die permanenten Regelverletzungen, die nach wie vor auf allen Ebenen in Russland zu beobachten sind. Sie alle sind Signale für die Zunahme autoritärer Tendenzen im politischen System.
- Im vergangenen Jahr wurde der vergebliche Versuch unternommen, eine politische Lösung des Tschetschenienkrieges zu simulieren. Tschetschenien wird jedoch auf diese Art nicht zu befrieden sein. Bereits heute ist Tschetschenien eine völlig zukunftslose und zerrüttete Kriegesgesellschaft. Sie wird ohne nachhaltige politische Lösungen ein permanenter Konfliktherd und eine Gefahr für Demokratie und Staatlichkeit in der Russischen Föderation bleiben.

Dies sind nur einige Aspekte der verhinderten Demokratisierung. Alles verweist auf die Entstehung einer „Entwicklungsdiktatur“, die möglicherweise kurzfristig einen stabilisierenden Effekt hat, kaum jedoch nachhaltige Stabilität bewirkt. Darauf muss sich auch EU-Europa einstellen. Eine wesentliche Aufgabe der EU muss es deshalb sein, die eigenen Strategien kritisch zu überdenken

Sie darf in ihren Beziehungen zu Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken nicht vom Ziel der Demokratisierung abrücken, weil die europäische Sicherheit in dieser (europäischen) Region auf dem Spiel steht.

Strategische Neukzentuierungen gegenüber Russland

Dr. Heinz Timmermann, Köln / SWP (extern)

In seinem FAZ-Interview vom 6. März 2004 legt Außenminister Fischer überzeugend dar, dass vor allem zwei Ereignisse der letzten Jahre die deutsche und europäische Politik vor neue Aufgaben stellen. Gemeint sind die Beendigung der Ost-West-Konfrontation und die Herausforderungen des internationalen Terrorismus. Zu Recht zieht er daraus den Schluss, dass sich die EU nicht auf Neuüberlegungen zur inneren Struktur der Union beschränken darf, so wichtig diese für die zukünftige innere Kohäsion sowie für das geschlossene und damit auch nach außen wirkungsmächtige Auftreten sind. Vielmehr gelte es angesichts neuer Herausforderungen, eine selbständige, an den eigenen Interessen orientierte außen- und sicherheitspolitische Strategie zu entwickeln, insbesondere im Hinblick auf den mit einem Beitritt der Türkei auch geographisch näherrückenden Nahen und Mittleren Osten.

Merkwürdigerweise geraten dem Außenminister bei seinen Strategiekonzepten Russland und die zukünftigen Neuen Nachbarn der erweiterten EU, nämlich die Ukraine, Belarus und Moldowa, nicht in den Blick. Und dies, obwohl die EU nach dem für 2007 anvisierten Beitritt Rumäniens eine gemeinsame Grenze von über 5000 km mit den vier Ländern haben wird – Ländern, die in unterschiedlichem Grade auch weiterhin Merkmale von Instabilität aufweisen und daher strategische Aufmerksamkeit verdienen. Worin liegen die Gründe für das Vakuum in der Strategie des Außenministers? Wollte er sich bewusst auf die Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens konzentrieren? Oder ist er der Ansicht, dass sich die Dinge in Russland und der westlichen GUS normal entwickeln und ihnen daher für die gemeinsame Strategie der EU nur sekundäre Bedeutung zukommt? Das wäre, wie die jüngsten Entwicklungen in Russland zeigen, ein fataler Irrtum. Eine umfassende außen- und sicherheitspolitische Strategie der EU muss auch Russland und sein regionales Umfeld einschließen – einen Raum, der noch keineswegs konsolidiert ist und die Interessen der Union stark berührt.

In Russland hat der Durchmarsch von Konservativen und „Nationalpatrioten“ bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eindrucksvoll demonstriert: Hier wächst ein staatsfixiertes autoritäres Regime heran, dessen Stärke und Stabilität ihren Ausdruck in der Machtvertikale des Präsidenten findet, nicht aber in Transparenz und Berechenbarkeit gewährender Gewaltenteilung, in funktionierendem Rechtswesen und demokratischer Öffentlichkeit. Dies führt zu einem unterschiedlichen Verständnis von Partnerschaft, in deren Zeichen sich die

Vertragsbeziehungen zwischen Russland und EU entwickeln. Für Russland und seine Interessen gilt die EU vorrangig als *wirtschaftlicher* Modernisierungspartner, der Charakter des politischen Systems ist dabei weitgehend irrelevant. Die EU lässt sich zwar auch von konkreten Interessen leiten, verbindet diese aber mit der Erwartung an Moskau, seine Politik auf gemeinsame demokratische Werte als zentrale Voraussetzung für die Bildung gesamt-europäischer Räume zu gründen.

Strategische Neukzentuierungen gegenüber Russland als Folge wachsender Differenzen im Werte- und Demokratieverständnis bedeuten nicht, das Land an den Rand zu drängen oder es überhaupt zu ignorieren, wie es je nach politischer Konjunktur die USA aus ihrer überlegenen Position heraus mitunter praktizieren. Als Mitspieler wird Russland auch in Zukunft dringend gebraucht: aufgrund seiner Größe, seiner geographischen Nähe, seines Nutzen- und Schadenpotentials sowie seiner Rolle als regionaler und globaler Akteur (übrigens auch in dem von Fischer herausgehobenen Nahen und Mittleren Osten). Dies erfordert eine *Einbeziehung* des Landes in gesamt-europäische Kooperationsprozesse und weltweites Krisenmanagement. Ein eindrucksvolles Beispiel für konstruktive Lösungen trotz ursprünglich scharf divergierender Positionen ist die Regelung des Personentransits zwischen dem russischen Kernland und seiner Exklave Kaliningrad vom November 2002. Sie sollte beiden Seiten als Ansporn für die Suche nach Kompromiss und Verständigung auch auf anderen Gebieten dienen, z.B. durch Balancieren der Vor- und Nachteile, die Russland handelspolitisch mit der EU-Erweiterung entstehen.

In diesem Kontext sollte eine EU-Strategie zwar russische Interessen in den westlichen GUS-Staaten in ihr Kalkül einbeziehen (das von Fischer kurz erwähnte EU-Nachbarschaftskonzept vom März 2003 geht auf solche Zusammenhänge nicht ein). Das gilt um so mehr, als die Neuen Nachbarn in ihrer Energieversorgung fast vollständig von Moskau abhängig und in ihren Exporten noch immer stark auf Moskau ausgerichtet sind. Zugleich sollte die EU in einem Strategiekonzept jedoch die *Unabhängigkeit* dieser Staaten unterstreichen, in je spezifischer Weise offen nach Ost und West. Die Akzente sollten dabei nicht wie bei den USA vorrangig auf Erlangen militärstrategischer Vorteile zielen. Vielmehr sollte sie umfassende, nachhaltige und nachprüfbar Förderung betreiben, die mehrdimensional angelegt ist, also neben wirtschaftliche auch demokratische Modernisierung einschließt.

Analyse

Wladimir Putins Sozialpolitik

Dmitrij Trawin, Sankt Petersburg

Warum war es vor Putin schlechter?

Um die heutige Situation in Russland zu verstehen, muss man in die späten 1990er Jahre zurückblicken, als im Kreml Pläne zur Berufung eines passenden Nachfolgers für Präsident Jelzin geschmiedet wurden. Putin trat zu einem sehr günstigen Zeitpunkt auf. Die Grundschwierigkeiten des Übergang von einer Wirtschaft sowjetischen Typs zur Marktwirtschaft waren in der Regierungszeit Jelzins voll hervorgetreten. Jelzins Nachfolger erschien genau in dem Moment, als die Wirtschaft anfang, sich von dem Schock zu erholen, den sie Anfang der 1990er Jahre erfahren hatte.

Von 1990 bis 1996 gab es in Russland einen gewaltigen Transformationsbedingten Wirtschaftsabschwung. Das führte natürlich zu einem Rückgang der Steuer- und damit der Haushaltseinnahmen. Außerdem lernten die russischen Firmen unter den Bedingungen des Marktes allmählich eine ganze Reihe von Tricks, um Steuerzahlungen legal oder illegal zu vermeiden, was wiederum auf allen Ebenen die Möglichkeiten der Verwaltung einschränkte, eine vernünftige Sozialpolitik durchzuführen. Sogar in der Periode von 1997 bis zum ersten Halbjahr 1998, als der wirtschaftliche Rückgang, scheint's, überwunden war, stiegen die Steuereinnahmen nicht.

Für Russland war es in dieser Zeit typisch, dass sogar Angestellte von Unternehmen und Einrichtungen, die direkt aus staatlichen Haushalten finanziert wurden, ihren Lohn nur mit mehrmonatiger Verzögerung erhielten. Die Renten wurden nur mit Verzögerung an die Inflation angepasst. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung lebte in offener Armut. Die russischen Soziologen führten dafür einen Begriff ein, den der „neuen Armen“. Damit wurden jene Bürger bezeichnet, die vor den Wirtschaftsreformen relativ gut gelebt hatten und deren Lebensstandard danach deutlich gesunken war.

Von einer durchdachten Sozialpolitik konnte in jenen Jahren nicht die Rede sein. Die Regierung war froh, wenn die riesigen Rückstände der Lohnauszahlung zeitweilig irgendwie zu bereinigen. Zu einer umfassenden Reform kam es auch deshalb nicht, weil bis 1997 die Stabilisierung der Finanzen höchste Priorität genoss. Alle anderen Reformvorhaben traten demgegenüber zurück.

So wurde zum Beispiel der Übergang zu einer Kapitalrente in der russischen Regierung zum ersten Mal während der Periode der „jungen Reformer“ (Frühjahr 1997 bis Sommer 1998) diskutiert, als bei den Reformen Intellektuelle mittleren Alters wie Anatolij Tschubajts, Boris Nemzow und ihre Anhänger den Ton angaben. Der

Initiator dieser Rentenreform war Michail Dmitrijew, damals Erster Stellvertretender Arbeitsminister. Vor dem Hintergrund der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise wurde Dmitrijew allerdings gezwungen, im Sommer 1998 zurückzutreten.

Das Leben unter Putin

Im August 1998 kam es im Gefolge der Finanzkrise in Asien zu einem schnellen Einbruch des Rubelkurses. Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Inflationsrate und zu einem Rückgang des Realeinkommens. Andererseits verbesserte der billige Rubel die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft und führte zu einer drastischen Verringerung der Importe. Vor diesem Hintergrund begann 1999 das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das bis heute nicht aufgehört hat. Die Krise der russischen Wirtschaft war beendet, staatliche Einnahmen erhöhten sich dramatisch und es ergab sich die Möglichkeit, größere Mittel für die Sozialpolitik einzusetzen.

Putin löste Jelzin an der Macht zum Jahreswechsel 1999–2000 ab, das heißt, gerade zu dem Zeitpunkt, als das Wirtschaftswachstum die ersten Früchte trug. Buchstäblich vom ersten Tag an im Kreml hatte der neue Präsident die Möglichkeit, populäre und sogar populistische Entscheidungen zu treffen. Das Realeinkommen wuchs in Russland in diesen vier Jahren schneller als das Bruttoinlandsprodukt, unter anderem wegen der Lohnerhöhung der Angestellten im staatlichen Bereich, der Rentenerhöhung und der Erhöhung des Wehresoldes.

Zu ernsthaften Strukturreformen im sozialen Bereich kam es indes nicht. Putin tat nichts dazu, die Ausgaben zu optimieren, die für soziale Aufgaben aufgewandt wurden, er „fütterte“ bloß den sozialen Bereich dank des Wachstums der Haushalte aller Ebenen.

So wurde zum Beispiel die Erhöhung des Rentenalters nicht einmal diskutiert, obwohl das Rentenalter – so die Experten – im europäischen Vergleich vergleichsweise niedrig ist – 60 Jahre für Männer und 55 für Frauen. Es ist offensichtlich, dass eine Erhöhung des Rentenalters zu einer Umverteilung der Mittel des Rentenfonds der Russischen Föderation zugunsten wirklich alter Menschen führen könnte, solcher, die nicht mehr arbeitsfähig sind. Putin zieht es aber vor, die Mittel des Rentenfonds gleichmäßig zwischen allen Rentnern aufzuteilen, einschließlich derer, die noch arbeitsfähig sind.

Ein weiteres Beispiel: Ein Teil der Haushaltsmittel der Subjekte der Russischen Föderation (Republiken,

Oblaste und Krajs) wird für den Unterhalt von Wohnraum aufgewendet, der sich im Privatbesitz befindet. Je größer der Wohnraum, desto höher die Subvention, so dass Reiche mehr und Arme weniger vom Staat erhalten. Obwohl der Umfang solcher Subventionen unter Putin allmählich verringert wurde, wurde die falsche Praxis an sich nicht abgeschafft. Der Übergang zu einer zielgerichteten sozialen Unterstützung, die nur die Bedürftigen absichert, ist bis heute nicht in vollem Maße vollzogen, es gibt nur einzelne Elemente eines solchen Systems.

Trotz des schnellen Wachstums der russischen Wirtschaft reichen wegen der fehlenden Reformen die Mittel für eine rationale Sozialpolitik nach wie vor nicht aus. Dies führt zu einem Verfall ganzer Sektoren der sozialen Sphäre. So ist zum Beispiel das Gesundheitswesen trotz des formalen Übergangs zu einem Krankenversicherungssystem katastrophal unterfinanziert. Bei weitem nicht alle Bürger der Russischen Föderation erhalten unentgeltlich eine ausreichende medizinische Versorgung erhalten, ganz zu schweigen von einer guten Versorgung. Daher gibt es in russischen Krankenhäusern seit langem die Praxis, den Ärzten inoffiziell ein zusätzliches Honorar zu geben. Außerdem müssen Patienten oft ihre eigene Medizin kaufen. Die Reichen ziehen es vor, das kostenlose staatliche Gesundheitssystem überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen, sondern lassen sich in Privatkliniken behandeln, die viel besser ausgestattet sind und über die notwendigen Medikamente verfügen.

Die Lage im Hochschulwesen ist noch schlechter. Eine Hochschulbildung ist mehr und mehr nur noch nominell kostenlos. Für einen Studienplatz in einer renommierten Universität müssen in vielen Fällen enorme Bestechungsgelder gezahlt werden. Professoren lassen sich wegen ihrer lächerlich geringen Gehälter bestechen, obwohl dies nicht der Hauptgrund für Korruption ist.

Die Putinschen Reformen

Trotz der Tatsache, dass die grundlegenden Probleme im sozialen Bereich weiter bestehen, wurden während der ersten Amtszeit Putins einige Reformen eingeleitet, die die Lage bis jetzt aber nicht wesentlich geändert haben.

Hierbei muss man als erstes die Rentenreform auf Kapitalbasis, für die Michail Dmitrijew verantwortlich ist, der unter Putin den Posten des Ersten Stellvertretenden Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und Handel erhielt. Natürlich hat diese Reform keine Auswirkungen

für die heutigen Rentner. Sie betrifft nur diejenigen, die heute arbeiten und auf diese Rücklagen für eine Zusatzrente beiseite legen können. Nichtsdestotrotz ist die Bedeutung einer solchen Reform groß und zugegebenermaßen bestand Putin persönlich auf ihre Durchführung gegen den Widerstand eines Teiles des Staatsapparats.

Trotzdem kann man von dieser Reform in absehbarer Zukunft aus drei Gründen keine bedeutenden Auswirkungen erwarten. Erstens fließt ein vergleichsweise kleiner Anteil der Rentenabgaben in das akkumulative System, während der Großteil weiterhin unter den heutigen Rentnern verteilt wird. Zweitens werden in Russland auch heute noch viele Löhne „schwarz“ ausgezahlt, von denen naturgemäß keine Rentenabgaben abgeführt werden. Drittens legt ein verschwindend geringer Anteil von russischen Bürgern ihre Rücklagen für die Rente bei nichtstaatlichen Rentenfonds an, während der Großteil bei dem Rentenfonds der Russischen Föderation geblieben ist, der diese Mittel kaum effektiv investieren und vermehren kann. Daher wird das System der Kapitalrente in voraussehbarer Zukunft kaum die Renten für die Mehrheit der russischen Bürger sichern können.

Auch das Hochschulwesen wird reformiert. Die Universitäten dürfen mehr und mehr Studienplätze vergeben, die über Studiengebühren finanziert werden. So haben zukünftige Studenten die Wahl: Sie brauchen für den Studienplatz keine Bestechungsgelder zu zahlen, sondern können offiziell Studiengebühren entrichten. Ein Ergebnis ist, dass in den Universitäten, in denen Studiengebühren gute Einnahmen erbracht haben (zum Beispiel in einigen Fakultäten der Sankt-Petersburger Staatlichen Universität) die Professoren bessere Gehälter beziehen, was auch den *brain drain* verringert. In diesem Jahr wird ein einheitliches staatliches Examen für Schulabgänger eingeführt. In diesem Zusammenhang ist auch ein System entwickelt worden, das die staatlichen Zuschüsse für die Universitäten optimieren soll, was im Idealfall Bestechungen eliminieren und die besten Studenten fördern soll. Noch ist schwer zu sagen, wie dieses System funktionieren wird. Eine Reihe Experten hat hinsichtlich seiner Effektivität Zweifel geäußert.

Man kann den Schluss ziehen, dass Putin in erster Linie als Populist agiert, in zweiter Linie als zaghafter Reformier. Ein solches Vorgehen ist nützlich, um an der Macht zu bleiben. Immerhin kann man hoffen,

dass er in der zweiten Amtszeit entschiedener vorgeht und das Bildungs- und Gesundheitswesen und die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft ernsthaft umbaut, dass er dabei das Element des Marktes verstärken und

staatliche Unterstützung nur für einen begrenzten Kreis wirklich bedürftiger Bürger aufrechterhalten wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Redaktion Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Dmitrij Trawin ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und Stellvertretender Chefredakteur der Petersburger Wochenzeitung „Delo“.

Lesetipps

Friedrich Ebert Stiftung. Büro Moskau: Lebensumstände und Einstellungen von Armen und Reichen in Russland. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Arbeitspapiere und Materialien. Nr. 50, 2003. (Gedruckte Version vergriffen; im Internet unter <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/10_dokument/1001_pdf/ap/fsoAP50.pdf> herunterladbar)

H. Steiner: Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Russland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, 41.2000, Nr. 6, S. 5–72.

Dokumentation

Der Wirtschaftsminister über Armutsbekämpfung (am 19. März 2004)

German Gref [Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel]:

„Hochverehrter Herr Präsident der Russischen Föderation! Hochverehrter Herr Vorsitzender der Regierung Russlands! Verehrte Kollegen!

Die Erfolge der russischen Wirtschaft in den letzten vier Jahren sind offensichtlich und allgemein anerkannt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, als integrierter Wohlstandsindikator, ist durchschnittlich um das 1,32fache und 2003 um 7,2% gewachsen.

Solche Wachstumsraten und ein solcher Trend, wie sie für die letzten vier Jahre kennzeichnend sind, entsprechen genau der Vorgabe, das BIP innerhalb von 10 Jahren zu verdoppeln. Noch wichtiger ist aber, dass heute der Lebensstandard der Bevölkerung überdurchschnittlich schnell wächst. Das Realeinkommen ist um mehr als das Anderthalbfache gewachsen, Durchschnittsrente und -einkommen fast um das Doppelte.

Die durchschnittlichen Konsumindikatoren liegen schon über dem Stand von 1990. Der Bevölkerungsanteil mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums hat, ist um fast das Anderthalbfache gesunken und hat den niedrigsten Wert seit Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen erreicht. Dies bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum und der Kurs der marktwirtschaftlichen Transformation deutlich Früchte für die Mehrheit der Bürger der Russischen Föderation tragen und eine ausgeprägte soziale Tendenz haben.

Die positiven sozialen Folgen des Wirtschaftswachstums haben auch eine regionale Dimension. Gemessen am integralen Indikator der Lebensqualität ist das Gefälle zwischen den Regionen geringer geworden. Der Anteil der Regionen, deren Lebensqualität nahe an dem russischen Durchschnitt liegen, hat sich fast verdoppelt und übersteigt 60%; im Gegenzug ist der Anteil der Regionen mit einem niedrigen Koeffizient gesunken. [...]

Das erste Element ist das Absenken der Armut auf ein Niveau, wie es in entwickelten Ländern üblich ist. Das heißt, auf 10–12% der Bevölkerung gegenüber 20,5% im Jahre 2003. Besonders wichtig ist die Beseitigung von stagnierenden Formen der Armut, die eine Reihe von Regionen erfasst haben. Natürlich kann diese Aufgabe nur erfüllt werden, wenn das hohe Wachstum des Realeinkommens der Bevölkerung weiterhin erhalten bleibt, also nicht weniger als sieben bis acht Prozent im Jahr beträgt. Aber das alleine ist nicht ausreichend. Die Hauptsache hat der Präsident schon bei der Formulierung der Aufgabe erwähnt. Dies ist die Verbindung von zielgerichteter sozialer Unterstützung für diejenigen, die alleine nicht imstande sind, schwierige Lebensumstände zu bewältigen, bei gleichzeitiger Erhöhung des sozialen Potentials der Marktwirtschaft und der Erhöhung der Qualität des menschlichen Kapitals.

Gerade darauf zielt die Transformation der pauschalen Vergünstigungen in Sozialhilfe, die stärker auf die Unterstützung von bedürftigen Bürgern gerichtet ist. Dieser Aufgabe dient auch die Reform der sozialen Infrastruktur, die eine Verbesserung der Dienstleistungen und eine Verringerung der Ausgaben bei gleich bleibender Verfügbarkeit von hochwertigen Ressourcen für die menschliche Entwicklung für breite soziale Schichten voraussetzt. Dadurch wird auch die Mobilität der Bevölkerung auf ein völlig neues Niveau angehoben. Bei uns sind die Menschen traditionell an die Wohnung gebunden. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist eine soziale Tragödie. Wenn wir diese Aufgabe erfüllen, können wir, da wir die Mobilität der Arbeitskräfte erhöht haben, dieses Problem zu einem großen Teil lösen.“

Quelle: Stenographisches Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Kollegien des Finanzministeriums und des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und Handel, Moskau, 19.3.2004 <<http://president.kremlin.ru/text/appears/2004/03/62104.shtml>>

Tabellen und Grafiken zum Text

Reallohnentwicklung in Russland, Dezember 2002–Dezember 2003

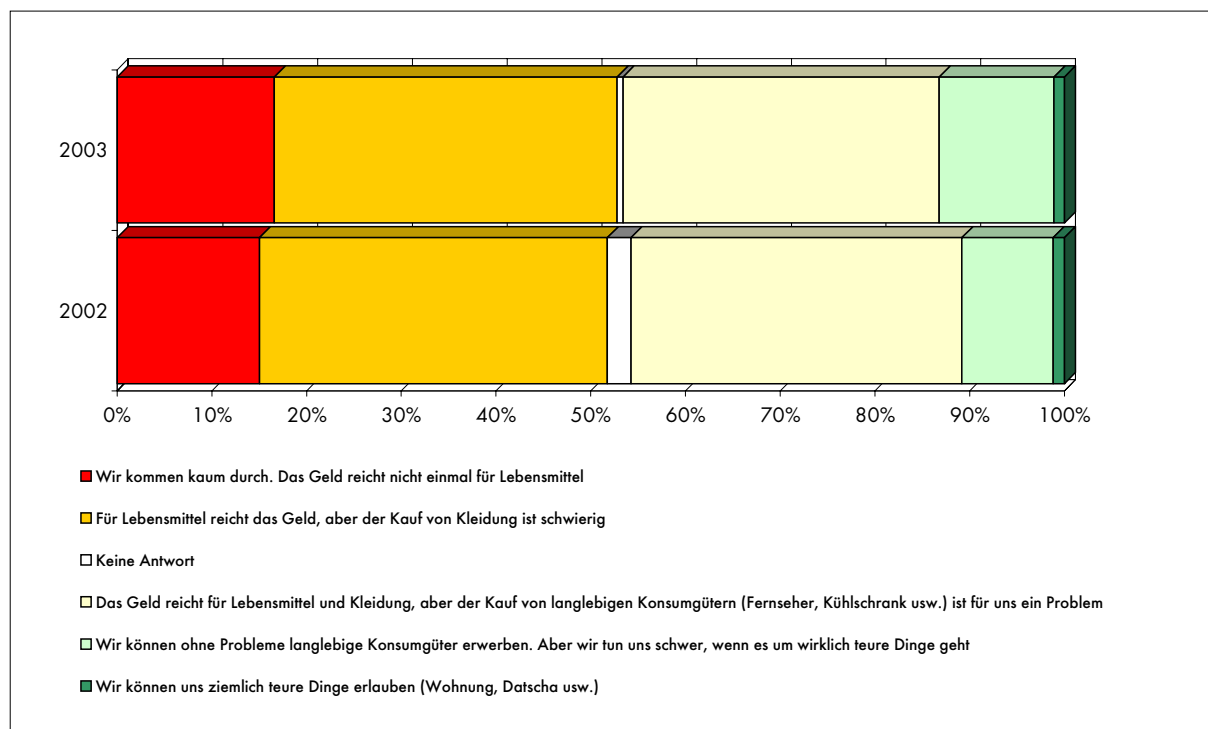
	Nominaler Durchschnittsmonatslohn, Rubel	Reale Geldeinkünfte, Dezember 2003 in % zu Dezember 2002	Mittler Monatslohn als Vielfaches des regionalen ...	
			... Warenkorb	... Mindestwarenkorb
Russische Föderation	5.508,6	121,1%	1,5	5,1
Zentrale Föderalregion	5.732,2	132,6%	1,5	5,2
<i>darunter:</i>				
Moskau	8.156,5	143,6%	1,5	5,9
Gebiet Brjansk	3.300,8	112,9%	1,1	3,5
Gebiet Tambow	3.295,6	112,8%	1,1	3,8
Nordwestliche Föderalregion	6.332,8	116,3%	1,7	5,4
<i>darunter:</i>				
Sankt Petersburg	6.864,	120,7%	1,8	5,7
Gebiet Nowgorod	4.491,6	106,6%	1,4	4,3
Gebiet Kaliningrad	4.947,1	127,4%	1,3	4,5
Südliche Föderalregion	3.780,0	121,9%	1,2	3,8
<i>darunter:</i>				
Gebiet Wolgograd	3.904,4	117,5%	1,2	4,1
Republik Dagestan	2.470,2	115,7%	0,8	2,5
Region Stawropol	3.562,2	123,2%	1,0	3,4
Föderalregion Wolga	4.244,1	119,1%	1,3	4,3
<i>darunter:</i>				
Gebiet Perm	5.286,6	116,3%	1,4	4,9
Gebiet Nischnij Nowgorod	4.271,7	110,0%	1,2	4,2
Republik Tatarstan	4.534,4	123,1%	1,5	5,1
Republik Baschkortostan	4.534,7	128,1%	1,5	4,8
Föderalregion Ural	8.177,8	122,1%	2,2	7,3
<i>darunter:</i>				
Gebiet Tjumen	14.864,6	116,5%	3,3	11,3
Gebiet Swerdlowsk	5.643,5	127,2%	1,6	5,1
Sibirische Föderalregion	5.314,1	115,0%	1,5	4,9
<i>darunter:</i>				
Region Krasnojarsk	7.270,2	112,5%	1,8	6,0
Region Altaj	3.134,2	115,6%	1,0	3,3
Föderalregion Fernost	7.642,0	118,5%	1,6	5,4
<i>darunter:</i>				
Gebiet Kamtschatka	10.128,8	111,8%	1,9	5,8
Region Primorje	6.001,8	119,9%	1,3	4,5
Republik Sacha (Jakutien)	9.742,4	127,1%	1,9	6,2

Angaben des Staatskomitees für Statistik <<http://www.gks.ru/scripts/free/1c.exe?XXXX&F.1.2.1/010010R, 22.03.04>>

Eine Entwicklung, die in Russland durchweg positiv wahrgenommen wird, ist das Ansteigen der Reallöhne. Im Verlauf des Jahres 2003 hat das reale Monatseinkommen in Russland im Mittel um ein Fünftel zugenommen. In Moskau betrug diese Steigerung sogar über 40%. Fühlbar sind nach wie vor die regionalen Unterschiede. Bezieht man das Einkommen auf das örtliche Preisniveau, so sind die Wolgaregion, Südrussland (einschließlich des Nordkaukasus), und Sibirien deutlich schlechter gestellt als andere Regionen Russlands, während das Einkommen im Ural besonders hoch liegt.

Einkommensunterschiede 2002 und 2003

Auch wenn das Realeinkommen in den letzten Jahren gestiegen ist, sind die sozialen Unterschiede groß. Nach Erhebungen des Lewada-Instituts lebt etwa die Hälfte der russischen Bevölkerung in Armut, ein Teil davon (15–16%) in akuter Not. Etwa ein Drittel der Befragten lebt in gesicherten Verhältnissen, kann aber nicht ohne weiteres größere Anschaffungen tätigen. Nur eine relativ kleine Gruppe (etwas über 10%) steht sich so gut, dass sie selbstverständlich konsumieren kann. Große soziale Unterschiede sind also ein Charakteristikum der heutigen russischen Gesellschaft.



Zu welcher der folgenden Gruppen...	... gehörten Sie vor einem Jahr?	... gehören Sie heute?
Wir kommen kaum durch. Das Geld reicht nicht einmal für Lebensmittel	15,0%	16,6%
Für Lebensmittel reicht das Geld, aber der Kauf von Kleidung ist schwierig	36,7%	36,2%
Das Geld reicht für Lebensmittel und Kleidung, aber der Kauf von langlebigen Konsumgütern (Fernseher, Kühlschrank usw.) ist für uns ein Problem	34,9%	33,4%
Wir können ohne Probleme langlebige Konsumgüter erwerben. Aber wir tun uns schwer, wenn es um wirklich teure Dinge geht	9,6%	12,1%
Wir können uns ziemlich teure Dinge erlauben (Wohnung, Datscha usw.)	1,2%	1,1%
Keine Antwort	2,5%	0,6%
	99,9%	100,0%

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums (VCIOM) vom 20.-23.12.2003 <www.vciom-a.ru/press/2004011302.html>

Rückblick

Das offizielle Endergebnis der Präsidentenwahlen am 14.3.2004

<i>Nr.</i>	<i>Angaben des Wahlprotokolls</i>	<i>Stimmen</i>	<i>in %</i>
1	In die Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte	108.064.281	
2	An die Wahllokale ausgegebene Stimmzettel	105.744.103	
3	An die Wähler vorzeitig ausgegebene Stimmzettel	129.022	
4	An die Wähler am Tag der Wahl im Wahllokal ausgegebene Stimmzettel	64.831.567	
5	An die Wähler am Tag der Wahl außerhalb des Wahllokals ausgegebene Stimmzettel	4.621.172	
6	Entwertete Stimmzettel	36.161.858	
7	Stimmzettel in beweglichen Urnen	4.749.595	
8	Stimmzettel in stationären Urnen	64.755.014	
9	Ungültige Stimmen insgesamt	578.824	
10	Gültige Stimmen	68.925.785	
11	Wahlscheine, die im Wahllokal abgegeben wurden	2.085.381	
12	Wahlscheine, die vor der Abstimmung vom Wahllokal abgegeben wurden	1.012.574	
13	Wähler, die im Wahllokal mit Wahlschein abstimmten	818.681	
14	Entwertete, nicht benutzte Wahlscheine	1.072.788	
15	Wahlscheine, die vor der Abstimmung von der territorialen Kommission abgegeben wurden	40.227	
16	Zahl der verlorengegangenen Stimmzettel	643	
17	Zahl der nichtregistrierten Stimmzettel	159	
	<i>Namen der Kandidaten</i>		
18	1. Glasjew, Sergej	2.850.063	4,10%
19	2. Malyschkin, Oleg	1.405.315	2,02%
20	3. Mironow, Sergej	524.324	0,75%
21	4. Putin, Wladimir	49.565.238	71,31%
22	5. Chakamada, Irina	2.671.313	3,84%
23	6. Charitonow, Nikolaj	9.513.313	13,69%
24	Gegen alle	2.396.219	3,45%
	Wahlbeteiligung	69.504.609	64,32%

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission vom 23.2.2004 < <http://pr2004.cikrf.ru/etclsvod.xls> >

Chronik

Vom 17. bis zum 24. März 2004

17.3.2004	Putin empfängt den ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma in Moskau. Die beiden Staatsoberhäupter erörtern beiderseitig interessierende Fragen, u.a. den Grenzkonflikt an der Meerenge von Kertsch, ein russisch-ukrainisches Erdgaskonsortium und eine Wirtschaftszone, die Russland, Belarus, Kasachstan und die Ukraine umfassen soll.
17.3.2004	Der Mineralölkonzern Sibneft, der von dem Finanzmagnaten Roman Abramowitsch kontrolliert wird, unterzeichnet einen Sponsorenvertrag mit dem Moskauer Sportklub ZSKA. Danach wird ZSKA in den nächsten drei Jahren mit 54 Mio. US\$ unterstützt.
17.3.2004	Die Duma lehnt einen Antrag des KPRF-Abgeordneten Iljuchin ab, das Gesetz, das ehemaligen Präsidenten Straffreiheit zusichert, aufzuheben.
17.3.2004	Die Wiederholung des Startversuchs zweier seegestützter Raketen, die am 17.2.2004 fehlgeschlagen war, gelingt. Das Atom-U-Booot „Nowomoskowsk“ feuert erfolgreich zwei ballistische Raketen ab.
18.3.2004	Generalleutnant Alexander Studenikin, Befehlshaber der Gruppe russischer Truppen im Transkaukasus, fährt nach Batumi, um vor Ort zu gewährleisten, dass sich die russischen Militärangehörigen nicht in den Konflikt zwischen der georgischen Regierung und der Führung Adschariens einmischen.
19.3.2004	Die Duma beschließt in erster, zweiter und dritter Lesung, das Gebiet Perm und den Autonomen Bezirk der Komi-Permjaken zu vereinigen. Die örtlichen Wähler hatten dem Zusammenschluss am 7.12.2003 durch Referendum zugestimmt. Das neue Föderationssubjekt, die Region Perm, wird am 1. Dezember 2005 gebildet.
20.3.2004	Auf einem „Kongress der Patrioten Russlands“ treffen die Vertreter von 14 Parteien und 52 Bewegungen zusammen, die dem linken Spektrum, angehören. Anwesend waren Sprecher der KPRF, der Agrarpartei, der Volkspartei, der Partei der Pensionäre, der Partei „Heimat“ u.a.
22.3.2004	Russland weist zwei estnische Diplomaten wegen gegen Russland gerichteter Aktivitäten aus. Der Schritt gilt als Reaktion auf die Ausweisung zweier russischer Diplomaten wegen Spionage durch Estland am 18. März.
22.3.2004	Die beiden Bürger Katars, die am 28.2. in Russland festgenommen worden waren, werden auf freien Fuß gesetzt.
23.3.2004	Laut Mitteilung des Oberbefehlshaber der Seekriegsflotte, Flottenadmiral Wladimir Kurojedow wurde das Flaggschiff der Nordmeer-Flotte, der atomgetriebene Kreuzer „Peter der Große“ wegen schwerer Havarie in einen Hafen eingebracht. Der Admiral erklärte: „Das Schiff ist in einem derart schlechten Zustand, dass es jeden Moment explodieren kann. Das ist besonders gefährlich, wenn man berücksichtigt, dass es mit Atomraketen ausgerüstet ist“.
23.3.2004	Präsident Putin führt ein Telefongespräch mit dem Emir von Katar, Sheich Hamid bin Khalifa al-Thani, und erörtert mit ihm die Situation am Persischen Golf.
23.3.2004	Die Zentrale Wahlkommission gibt das offizielle Endergebnis der Präsidentenwahlen bekannt. Danach erhält Putin 71,31% der abgegebenen Stimmen, Charitonow 13,74%, Glasjew 4,1%, Chakamada 3,84%, Malyschkin 2,02% und Mironow 0,75%. „Gegen alle“ stimmten 3,45%. (siehe Tabelle S.10)

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>